Protokoll Gemeinderat

Stadt Dietikon

36. Sitzung vom 8. Dezember 2016

Sitzungsdauer	17.00 Uhr bis 19.00 Uhr
Vorsitz	Jörg Dätwyler, Präsident
Protokoll	Uwe Krzesinski, Sekretär Marc Oberli, Sekretär-Stv.
Stimmenzähler	Nadine Burtscher Beat Hess Cécile Mounoud
Anwesend	34 Mitglieder
Abwesend	Philipp Müller Olivier Barthe
Behördenvertreter	Stadtpräsident Otto Müller Vizepräsident Jean-Pierre Balbiani Stadtrat Roger Bachmann Stadtrat Roger Brunner Stadtrat Rolf Schaeren Stadträtin Esther Tonini
Entschuldigt	Stadtrat Heinz Illi
Weibeldienst	Kpl Riccardo Cavegn PS Leslie Bächler

Mitteilungen

a) Martin Müller hat am 21. November 2016 eine Interpellation betreffend zunehmender Auto-Occasionshandel im Niderfeld eingereicht.

b) Der Stadtrat hat die Interpellation von Reto Siegrist betreffend Schulwegsicherung am 28. November 2016 beantwortet.

c) Traditionsgemäss sind am Neujahrsapéro in der Stadthalle die Mitglieder des Gemeinderates als Helfer/innen engagiert. Dieses Jahr wird der Helfereinsatz vom 1. Vizepräsidenten Martin Romer koordiniert. Die Mitglieder des Gemeinderates sind gebeten, sich bis am 20. Dezember 2016 bei Martin Romer (martin@cinema-capitol.ch) an- oder abzumelden.

d) Zwischen den beiden Sitzungen am heutigen Abend findet im Foyer ein gemeinsamer Apéro statt. Alle Mitglieder des Gemeinderates, des Stadtrates und die Gäste auf der Tribüne sind dazu eingeladen.

e) Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 2. Februar 2017 statt.

Protokoll

Das Protokoll der Sitzung vom Donnerstag 3. November 2016 wird genehmigt.

V4.03.01 Konstituierung und Wahlen Gemeinderat

Ersatzwahl eines Mitglieds der Rechnungsprüfungskommission, Rücktritt Florian Alfons

Für die Ersatzwahl eines Mitglieds der RPK für den zurücktretenden Alfons Florian schlägt Christiane Ilg-Lutz namens der Interfraktionellen Konferenz für den Rest der Amtsdauer 2014/2018 vor:

Charlotte Keller, Sucherenweg 3 SVP

Nachdem keine weiteren Wahlvorschläge eingehen, erklärt der Vorsitzende die Vorgeschlagene als gewählt.

Der Gemeinderat beschliesst:

Als Mitglied der RPK für den Rest der Amtsdauer 2014 - 2018 wird gewählt:

Charlotte Keller, Sucherenweg 3 SVP

Rechtsmittel:

Gegen die Gültigkeit dieser Wahl kann gemäss § 151a Gemeindegesetz i.V.m. § 19 ff. Verwaltungsrechtspflegegesetz innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich und begründet beim Bezirksrat Dietikon Rekurs eingereicht

Mitteilung durch Protokollauszug an:
- Charlotte Keller, Sucherenweg 3, 8953 Dietikon
- Präsident RPK;
- Sekretariat Gemeinderat;
- Stadtrat.

F3.08.06 Voranschläge, Budgets

Voranschlag 2017

Ausgangslage

Mit Beschluss vom 18. April 2016 hat der Stadtrat die Budgetrichtlinien und den Terminplan für die Erstellung des Voranschlages 2017 genehmigt. Die Budgeteingaben sind bis Mitte Juni erfolgt. Der Stadtrat hat am 27. Juni 2016 im Rahmen einer Aussprache aufgrund des provisorischen Budgets die verschiedenen Szenarien wie Steuerfusssenkung, Inanspruchnahme eines individuellen Sonderlastenausgleichs (ISOLA) mit entsprechender Steuerfusserhöhung oder Beibehaltung des heutigen Steuerfusses und Verzicht auf einen ISOLA beraten. Ziel soll es nach wie vor sein, auf den ISOLA zu verzichten und den Steuerfuss beizubehalten. Gleichzeitig hat der Stadtrat Budgetverbesserungen im Umfang von drei bis vier Millionen Franken erlassen, um das Haushaltdefizit im Hinblick auf die Nicht-Geltendmachung eines individuellen Sonderlastenausgleichs zu reduzieren. Im vorliegenden Budget sind Verbesserungen im Umfang von 4.3 Mio. Franken berücksichtigt. Der Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung konnte dadurch auf 4.2 Mio. Franken reduziert werden.

Die Investitionsplanung ist an zwei Sitzungen im Stadtrat behandelt worden. Dabei sind die Abteilungen beauftragt worden, die Investitionen auf deren Notwendigkeit, Kosten und Realisierbarkeit zu überprüfen. Am 8. August 2016 hat der Stadtrat die Investitionsplanung 2016 - 2020 genehmigt. Die Werte für das Jahr 2017 sind in den Voranschlag 2017 übernommen worden.

Der Voranschlag 2017 zeigt folgende Resultate:

A.	*Laufende Rechnung*		
	Aufwand	Fr.	225'122'400.00
	Ertrag ohne ordentliche Gemeindesteuern	Fr.	156'396'800.00
	Aufwandüberschuss	*Fr.*	*68'725'600.00*
B.	*Investitionen Verwaltungsvermögen*		
	Ausgaben	Fr.	18'026'000.00
	Einnahmen	Fr.	700'000.00
	Nettoinvestitionen	*Fr.*	*17'326'000.00*
C.	*Investitionen Finanzvermögen*		
	Ausgaben	Fr.	3'830'000.00
	Einnahmen	Fr.	0.00
	Nettoveränderung (Ausgabenüberschuss)	*Fr.*	*3'830'000.00*
D.	*Steuerfuss*		
	Einfacher Gemeindesteuerertrag, netto	Fr.	50'000'000.00
	Aufwandüberschuss Laufende Rechnung	Fr.	68'725'600.00
	Steuerertrag bei einem Steuerfuss von 129 %	Fr.	64'500'000.00
	Aufwandüberschuss	*Fr.*	*4'225'600.00*

Abweichungen

Im Voranschlag 2017 zeigen sich die wesentlichsten Abweichungen gegenüber dem Voranschlag 2015 in der Präsidialabteilung (Nettoaufwand + 1 Mio. Franken), in der Sozialabteilung (Nettoaufwand - 1.7 Mio. Franken) sowie in der Schulabteilung (Nettoaufwand + 2.3 Mio. Franken). Die Nettoaufwendungen der übrigen Abteilungen bewegen sich im Rahmen des Vorjahres.

In der Finanzabteilung wirkt sich ein Mehrertrag beim Ressourcenausgleich in der Höhe von 2.3 Mio. Franken positiv aus. Dieser ist bedingt durch die im Verhältnis zum Kantonalen Mittel weniger gewachsene Steuerkraft im 2015. Die ordentlichen Steuererträge entwickeln sich stetig und gut. Gegenüber dem Vorjahr wurde eine optimistische Gewinnbeteiligung der Zürcher Kantonalbank berücksichtigt. In der Schulabteilung steigen die Kosten in sämtlichen Bereichen weiter an. Die Mehrkosten bei den Lehrerlöhnen schlagen mit insgesamt 2 Mio. Franken zu Buche (provisorische Werte). In der Sozialabteilung zeigt sich gegenüber dem Vorjahresbudget ein weiterer Rückgang des Nettoaufwandes der gesetzlichen wirtschaftlichen Hilfe von 0.6 Mio. Franken. Diese Werte liegen damit im Rahmen der Rechnung 2015. Vollständig kompensiert wird diese Verbesserung allerdings durch Mehrkosten bei den Zusatzleistungen. Die Abschaffung der Kleinkinderbetreuungsbeiträge trägt dennoch zu einem positiven Ergebnis in der Sozialabteilung bei.

Der Personalaufwand (ohne Lehrkräfte) ist gegenüber dem Vorjahresbudget markant gestiegen. Es zeigt sich ein gewisser Nachholbedarf. Die Lohnsumme wurde nicht generell erhöht. Der Sachaufwand hat sich um rund 1.6 Mio. Franken erhöht und ist im Wesentlichen auf Mehrkosten im Bereich Anschaffungen Mobilien (+ 0.3 Mio.), Baulicher Unterhalt (+ 0.4 Mio.) und Dienstleistungen Dritter (+ 0.3 Mio.) zurückzuführen.

Löhne und Sozialleistungen kantonaler und kommunaler Lehrkräfte

Die folgenden Positionen im vorliegenden Budget sind noch provisorisch und können sich daher noch verändern:

- Gemeindeanteil an den kantonal besoldeten Lehrpersonen (*.3510)
- Kommunale Lehrerbesoldungen (*.3020)
- und dazugehörige Sozialleistungen (*.3030)

Interner Zinssatz

Für das Budget 2016 wird der interne Zinssatz auf 1.68 % festgelegt. Dies entspricht dem Durchschnittszinssatz der langfristigen Schulden der Stadt Dietikon. Bei folgenden Konten wird der Wert der Eröffnungsbilanz verzinst:

1023 Grundeigentum Finanzvermögen
11xx Verwaltungsvermögen der spezialfinanzierten Bereiche
1280 Vorschüsse der spezialfinanzierten Bereiche
2280 Verpflichtungen der spezialfinanzierten Bereiche
203x Verpflichtungen für Sonderrechnungen

Individueller Sonderlastenausgleich

Es soll kein Gesuch um Ausrichtung eines individuellen Sonderlastenausgleichs gestellt werden.

Rechnung 2016

Für das laufende Rechnungsjahr 2016 kann davon ausgegangen werden, dass die budgetierten Steuererträge des laufenden Jahres übertroffen sowie jene aus den Vorjahren knapp erreicht werden. Die Erträge aus den Grundstückgewinnsteuern liegen deutlich über dem Budget. Die Hochrechnung für die gesetzliche wirtschaftliche Hilfe zeigt nach wie vor einen positiven Trend auf und liegt im Rahmen des Budgets. Für die Rechnung 2016 wird, basierend auf den heutigen Angaben und Hochrechnungen, mit einem Überschuss gerechnet.

Stellungnahme der RPK

Anton Kiwic (SP) erklärt, dass die RPK den Voranschlag 2017 anlässlich von 9 Sitzungen geprüft hat. Am 15. November 2016 erfolgte in der Kommission die Beschlussfassung.

Der Prozess war geprägt von vielen Neuerungen. Positiv zu vermerken ist, dass der Stadtrat das Budget dieses Jahres bereits an seiner Sitzung vom 22. August 2016 abgesegnet hat und die wichtigsten Details dazu bereits an der Koordinationssitzung bekannt geben konnte.

Eher negativ zu bemerken gilt, dass der Stadtrat mit vielen Neuerungen die Vergleichbarkeit zu früheren Budgets schwieriger gestaltete. Nicht nur wurden im Budget die Konten neu organisiert, auch der Budgetierungsprozess wurde komplett umgestaltet. Damit konnten auch Zugeständnisse vom letzten Jahr bezüglich der Sparübung 2016/2107 kaum mehr nachvollzogen werden.

Finanzvorstand Dr. Rolf Schaeren erläuterte im Vorfeld des heutigen Budgets die betrachteten Szenarien und stellte schnell klar, dass sich der Stadtrat für das Szenario "Alleingang" entschlossen hat. Dieses sieht einen Verzicht auf jegliche Unterstützung vom Kanton vor. Es liegt also ein Budget vor, welches weder vom Übergangsausgleich noch vom individuellen Sonderlastenausgleich (ISOLA) profitieren soll.

Die wichtigsten Eckpunkte in diesem Budget sind:

Einem Aufwand von 225.1 Mio. Franken stehen Einnahmen in der Höhe von 220.9 Mio. Franken gegenüber. Daraus resultiert bei einem Steuerfuss von 129 % ein Aufwandüberschuss in der Höhe von 4.2 Mio. Franken.

Die Nettoinvestitionen betragen 17.3 Mio. Franken. Davon entfallen 9 Mio. Franken auf die Schule und 2.3 Mio. Franken auf die Gemeindebetriebe.

Für die RPK war die Feststellung des Finanzvorstands ärgerlich, dass im Falle einer Verschlechterung der städtischen Situation auch im Nachgang noch ein Gesuch um ISOLA gestellt werden können. Diese Aussage entspricht nach heutiger Erkenntnis nicht den Tatsachen.

An der ersten ordentlichen Sitzung vom 27. September 2016 stellten der Finanzvorstand Dr. Rolf Schaeren und die Abteilungsleiterin Nathalie Homberger nochmals klar, warum sich der Stadtrat für einen Verzicht auf den ISOLA ausgesprochen hat. Dies erfolgte im wesentlichen darum, um finanziell einen grösseren Spielraum zu haben und um eigenständiger planen zu können.

Es ist dem Finanzvorstand wichtig zu deklarieren, dass die Stadt in den vergangenen Jahren beim Sachaufwand vorbildlich geplant hat. Ausser bei den Einnahmen kann man nicht abschliessend voraussehen, wie sich diese entwickeln werden. Das hat in den vergangenen Jahren beim Abschluss zu teils massiven Mehreinnahmen geführt.

Was die Zukunft bringt, ist ungewiss. Es kann nicht abgeschätzt werden, was die Erschliessung des Niderfelds mit sich bringt. Die eventuelle Unternehmenssteuerreform III wird eher negative Folgen für die Stadt nach sich ziehen. Sollten sich die Parameter in Zukunft ins Nachteilige drehen, kann die Stadt Dietikon jederzeit wieder auf den ISOLA zurückgreifen.

Das Budget der Finanzabteilung sieht bei einem Aufwand von 42 Mio. Franken und Einnahmen von 144.1 Mio. Franken einen Ertragsüberschuss von 102.1 Mio. Franken vor. Das Budget 2016 sieht Mehreinnahmen von 102.8 Mio. Franken vor und der Abschluss 2015 betrug 101.5 Mio. Franken.

Die Sicherheits- und Gesundheitsabteilung wurde von Stadtrat Heinz Illi und seinem Abteilungsleiter Thomas Winkelmann vorgestellt. Bei einem Aufwand von 11.3 Mio. Franken und einem Ertrag von 8.2 Mio. Franken resultiert ein Aufwandüberschuss von 3.1 Mio. Franken. Im Jahr 2015 zeigte sich ein Aufwandüberschuss von 2.8 Mio. Franken.

Der Mehraufwand wird hauptsächlich mit dem nun vollständigen Polizeikorps begründet. Positiv ist die Bilanz beim Vorstand im Bereich der Verlustscheinbewirtschaftung des Stadtrichteramtes. Eine eigens dafür geschaffene Stelle trägt sich bereits selber und hat bis Ende September für zusätzliche Einnahmen von Fr. 132'000.00 gesorgt. Neben den finanziellen Resultaten setzt hier die Stadt Dietikon ein Zeichen, dass die Schulden zu begleichen sind.

Negativ auf das Budget wirkt sich der Austritt von Bergdietikon aus der Zivilschutzorganisation aus. Bergdietikon gehört nun neu zur Zivilschutzorganisation Spreitenbach.

Hingegen werden aus den höheren Eintrittspreisen bei Hallenbad und Sauna Mehreinnahmen resultieren. Zusätzlich können aus den steigenden Einwohnerzahlen bei den Bestattungen, welche im Kanton Zürich kostenlos sind, höhere Ausgaben verzeichnet werden.

Zu Diskussionen führte die geplante Streichung des Ärztefons. Ein Antrag, diese Budgetposition zu belassen, wurde an der Abschlusssitzung mit 5 zu 5 Stimmen und dem Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt.

An der Sitzung vom 4. Oktober 2016 stellte der Sozialvorstand Roger Bachmann zusammen mit der Abteilungsleiterin Liliane Blurtschi das Budget der Sozialabteilung vor. Dieses sieht bei einem Aufwand von 73.9 Mio. Franken und einem Eintrag von 38.6 Mio. Franken Mehrausgaben von 35.3 Mio. Franken vor. Das entspricht in etwa dem Abschluss 2015 und einer leichten Verbesserung gegenüber dem Budget 2016.

Bei der gesetzlich wirtschaftlichen Hilfe scheint es eine leichte Entspannung zu geben, während die Ausgaben für die Zusatzleistungen weiterhin ungebremst steigen. Der Mehraufwand beträgt 1.4 Mio. Franken. Entlastet wird das Sozialbudget hauptsächlich durch das Wegfallen der KKBB, welche durch den Kantonsrat gestrichen werden. Aufwandminderungen von 2.5 Mio. Franken werden zum Teil durch eine Verschiebung in die gesetzlich wirtschaftliche Hilfe wieder belastet. Der Sozialvorstand geht dabei von ca. Fr. 400'000.00 aus, wobei es sich dabei nur um eine Schätzung handelt.

Während das Asylwesen in etwa einem Nullsummenspiel gleichkommt, hat der Sozialvorstand Respekt vor der Zukunft. Unter anderem ist der Kanton Zürich daran, die Spielregeln der Finanzierung des Asylwesens anzupassen. Nach den heutigen Regeln werden diese Kosten bei den vorläufig Aufgenommenen nach 10 Jahren nicht mehr vom Kanton gedeckt. Es gilt also, dem Aspekt Integration frühzeitig Rechnung zu tragen.

Positive Rückmeldungen gibt es dank der neu geschaffenen Stelle für Arbeitsintegration. Dank dieser Investition der Stadt Dietikon kann bereits eine leichte Zunahme beim Erwerbseinkommen der unterstützten Personen beobachtet werden. Das hat dazu geführt, dass die Sozialabteilung den Vertrag mit Autark aufgekündigt hat und sich nun selber organisiert. Auch im Bereich der Tagesfamilien möchte die Stadt Dietikon wieder vermehrt selber aktiv werden.

An der gleichen Sitzung stellt der Stadtrat Roger Brunner, in Begleitung der Abteilungsleiterin Maike Sittel, das Budget der Infrastrukturabteilung vor. Bei einem Aufwand von 17.6 Mio. Franken und einem Ertrag von 14.5 Mio. Franken resultiert ein Minus von 3.1 Mio. Franken. Auch 2015 schloss mit einem Aufwandüberschuss von 3.1 Mio. Franken und für das Jahr 2016 waren 3.3 Mio. Franken budgetiert.

Unsicherheiten im Budget kommen aus dem neu zu dieser Abteilung stossenden Abfallwesen. Zu Diskussionen in der RPK führte ein Antrag des Stadtrates, die Abwassergebühren faktisch zu verdoppeln. Während der Stadtrat diese Gebührenerhöhung detailliert und fundiert begründet, nämlich mit dem Wegfall von grossen Beträgen für Anschlussgebühren, welche durch die rege Bautätigkeit im Gebiet Limmatfeld anfielen, monierten Teile der RPK, dass es sich hierfür um eine schleichende Steuererhöhung um 3 % handelt. Ein Antrag in der RPK, diese Erhöhung auf 1 % zu begrenzen, wurde jedoch mit einem Stimmenverhältnis von 4 zu 6 Stimmen abgelehnt.

An der Sitzung vom 25. Oktober 2016 stellte der Schulvorstand Jean-Pierre Balbiani zusammen mit dem Leiter der Schulabteilung Dr. Gerold Schoch das Budget der Schule vor. Bei einem Aufwand von 57.1 Mio. Franken und einem Ertrag von 5.3 Mio. Franken ergeben sich Mehrausgaben von 51.8 Mio. Franken. Die Rechnung 2015 schloss mit Mehrausgaben von 48.2 Mio. Franken und die laufende Rechnung 2016 sollte mit einem Mehraufwand von 49.5 Mio. Franken schliessen.

Treiber dieser Kosten sind natürlich in den steigenden Schülerzahlen zu suchen. Während im Schuljahr 2014/2015 noch 2'728 Schüler zu schulen waren, sind es für das Schuljahr 2017/2018 bereits über 2'900. Alleine dieser Umstand führt bei den Lohnsummen der Lehrpersonen zu einer Steigerung der Kosten um 1.9 Mio. Franken.

Auch bei den Tagesstrukturen ist eine Zunahme zu verzeichnen. Die Schulabteilung erhofft sich jedoch durch die Anpassungen der Reglemente im Bereich der Elternbeiträge an Tagesstrukturen ebenfalls zusätzliche Einnahmen zu generieren.

Bei der Sonderschulung wird mit einer Abnahme der Kosten gerechnet. Die im letzten Jahr eingeführte Plafonierung des Angebots konnte einen solchen Trend zwar noch nicht bestätigen, jedoch geht man davon aus, dass diese Massnahmen im Schuljahr 2016/2017 bereits zum Tragen kommen. Die Auswirkungen dieser Massnahmen auf die Lehrer können zu diesem Zeitpunkt noch nicht abschliessend beurteilt werden.

Das vorliegende Budget wird ausserdem stark durch vorgesehene Investitionen der Schule belastet. Da diese mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht umgesetzt werden können, wollen Teile der RPK die Schule dazu auffordern, genauer zu planen. Man geht davon aus, dass das Budget 2017 ca. 0.5 Mio. Franken zu hohe Abschreibungen enthält. Demzufolge sollte das veranschlagte Defizit anstelle der 4.2 Mio. Franken eher 3.7 Mio. Franken betragen.

An der Sitzung vom 8. November 2016 stellte der Stadtpräsident Otto Müller zusammen mit der Stadtschreiberin Dr. Karin Hauser die Präsidialabteilung vor. Bei Ausgaben von 20.7 Mio. Franken und einem Ertrag von 8.6 Mio. Franken resultiert ein Aufwandüberschuss von 12.1 Mio. Franken. Die Rechnung 2015 hatte mit einem Betrag von 11.7 Mio. Franken geschlossen. Für das laufende Jahr sind 11.2 Mio. Franken geplant.

Der Stadtpräsident weist in seiner Einführungsrede auf die Gratwanderung von Finanzdisziplin und der Wahrung der Attraktivität der Stadt Dietikon hin. Die Präsidialabteilung sollte am ehesten in der Lage sein, der angespannten finanziellen Lage der Stadt Dietikon zu entsprechen. Dies kommt leider in der Zunahme des Voranschlages von 11.2 Mio. Franken auf 12.1 Mio. Franken nicht wirklich zum Ausdruck.

Bei den Investitionen liegt der Fokus des Stadtrates auf der Sicherstellung des Werterhalts. Es soll kein Investitionsstau entstehen, welcher durch zukünftige Generationen abgearbeitet werden muss. Erwähnte Beispiele hierfür sind die Erneuerung der Römerstrasse und der untere Teil der Holzmattstrasse. Ausserdem geht es um die Erneuerung der Fischerhölzlistrasse und der Brücke, welche im Hinblick auf das kantonale Schützenfest einen grossen Posten ausmacht. Auch die Planung des Ersatzes der Reppischbrücke zwischen Oberdorf- und Steinmürlistrasse muss angegangen werden. Und letztlich müssen erste Massnahmen der Umsetzung des städtischen Gesamtverkehrskonzepts eingeleitet werden.

Auch das Stadthaus bedarf einiger Neuerungen in Mobiliar, Teppichen und aus Sicherheitsgründen weiterer Renovationen der Gipsdecken. Auch in die IT und die Telefonie wird im Jahr 2017 einiges Geld fliessen, weil die Swisscom auf Ende 2017 die analoge Telefonie abschalten wird. Und nicht zuletzt soll in die Attraktivität des Zentrums investiert werden; einerseits durch das Projekt Signaletik, welches durch moderne Wegweiser und Informationstafeln das Zentrum erlebbarer machen soll, anderseits soll eine städtebauliche Studie zur Gestaltung des Raums Löwenstrasse, Kirchstrasse und Kronenplatz das Zentrum aufwerten.

Auch Kosten für die bessere Anbindung Dietikons an den öffentlichen Verkehr sind gegenüber 2015 beim Defizitbeitrag an den ZVV um Fr. 300'000.00 angewachsen.

Und abschliessend sind noch Fr. 50'000.00 für erste Planungsarbeiten für das Stadtfest 2018 bereits in diesem Budget aufgenommen.

Das Stadtfest ist es denn auch, welches noch zu Diskussionen führt. Der Stadtrat plant die Aufwendungen des städtischen Personals während des Stadtfestes zu entschädigen. Dies darum, weil davon ausgegangen wird, dass alle anderen Vereine und Aktivisten am Stadtfest für Gottes Lohn arbeiten werden. Der Stadtpräsident hat in der Sitzung versprochen, zu diesem Punkt nochmals über die Bücher zu gehen.

Eigentliche Aufwandsteigerungen können nur bezüglich der freiwillig geführten Kaffees im Chrüzacher und in der Bibliothek festgemacht werden. Das Kafi Chrüzacher plant im neuen Jahr jeweils an den Nachmittagen des Mittwochs, Samstags und Sonntags offen zu sein.

Weiter soll die Stadt im neuen Jahr eine neue Homepage erhalten.

Die Hochbauabteilung wurde durch Stadträtin Esther Tonini und ihren Abteilungsleiter Peter Baumgartner vorgestellt. Das Budget schliess bei einem Aufwand von 2.5 Mio. Franken und einem Ertrag von 1.6 Mio. Franken mit einem Aufwandüberschuss von etwas über Fr. 900'000.00. Die Rechnung 2015 schloss ebenfalls mit einem Überschuss von Fr. 900'00.00, während die laufende Rechnung 2016 nur Fr. 600'000.00 kosten soll.

Die markanteste Änderung in dieser Abteilung ist die Liegenschaftenverwaltung, welche aus der Finanzabteilung dazu stossen wird. In der Diskussion dieses Umstandes wird der RPK klar, dass zum Zeitpunkt der Budgetberatung noch offen ist, wie diese Neuorganisation umgesetzt werden soll. Dass diese zu effizienteren Schnittstellen führen muss, ist angesichts der Erwartungshaltung des Stadtrates offensichtlich.

Bei der Bauprojektierung wird eine neue Stelle besetzt. Die RPK hat mit Genugtuung festgestellt, dass die Hochbauabteilung nun in der Lage sein wird, einen längst überfälligen Stapel von Bauabrechnungen zu bearbeiten.

Die RPK schlägt dem Gemeinderat unter der Annahme, dass die nachfolgenden Änderungsanträge angenommen werden, das Budget mit einem Stimmenverhältnis von 9 zu 1 Stimmen zur Annahme vor.

Die RPK wurde während allen Sitzungen durch den Finanzvorstand Dr. Rolf Schaeren und die Abteilungsleiterin Nathalie Homberger professionell begleitet. Der Dank der RPK gilt aber auch allen anderen Abteilungsvorständen und Abteilungsleitern sowie der gesamten Verwaltung und der Schulabteilungen, welche die Basisarbeit für diesen Budgetprozess geleistet haben.

Fraktionserklärung SP/AL

Anton Kiwic (SP) stellt fest, dass dem Stadtrat bereits anlässlich der Beratung zum Budget 2016 Planlosigkeit vorgeworfen wurde. Zum Voranschlag 2017 hat der Stadtrat mit dem Gesamtverkehrskonzept und dem Hochbaukonzept Projekte vorgestellt, welche auf eine Planung schliessen lassen. Es zeichnet sich ab, in welcher Richtung der Stadtrat Dietikon weiter entwickeln will.

Die SP/AL-Fraktion hat bereits früher gefordert, dass die Stadt investieren soll. Man wäre auch bereit gewesen, dafür ein Defizit in der Höhe von 5 bis 10 Mio. Franken zu akzeptieren. Betrachtet man den Voranschlag für das Jahr 2017, zeigt sich ein Defizit in der Höhe von rund 4 Mio. Franken, ohne dass wirklich Investitionen getätigt werden.

Auf der Einnahmenseite gibt es ein grosses Mass an Unsicherheit. Der Stadtrat hat die Steuererträge im Vergleich zu den Vorjahren mutiger budgetiert.

Die Kritik der SP/AL-Fraktion zum Budgetprozess ist darin begründet, dass das Parlament keinen Einfluss ausüben kann. Alle Eckpfeiler sind bereits gesetzt, und der Steuerfuss wurde vom Stadtrat bestimmt. Der Verzicht auf den individuellen Übergangsausgleich (ISOLA) ist nicht mehr verhandelbar. Zudem weigert sich der Stadtrat, seine Investitionsplanung zu ändern. Es werden noch immer mehr Projekte in die Investitionsplanung aufgenommen, als realisiert werden können. Mit den Differenzen aus den Folgekosten wird der Handlungsspielraum in der Laufenden Rechnung eingeschränkt.

Im Gegensatz zu Dietikon hat die Stadt Schlieren die Finanzen im Griff. Dort wird ein maximaler Investitionsbetrag budgetiert. Anschliessend wird bestimmt, welche Projekte in diesem finanziellen Rahmen realisiert werden können.

Weiter stört sich die SP/AL-Fraktion daran, dass in den früheren Voranschlägen die Lohnerhöhungen des Personals ausgewiesen waren. Heute sucht man diese Informationen umsonst.

Die SP/AL-Fraktion wird dem Voranschlag 2017 grossmehrheitlich zustimmen. Im Budget 2017 sind Positionen enthalten, welche man nicht gefährden will.

Alfons Florian (SVP) erklärt, dass sich die SVP-Fraktion der Meinung der RPK anschliesst. Es wird begrüsst, dass man den Gemeindesteuerfuss 2017 auf 129 % belassen will. Eine Erhöhung würde eine negative Signalwirkung ausstrahlen und gute Steuerzahler könnten wegziehen. 1 % mag wenig für den Einzelnen bedeuten. Dietikon hat einen hohen Steuerfuss. Mittel- bis langfristig muss es das Ziel sein, den Steuerfuss nachhaltig wieder zu senken.

Gleichzeitig wird auf den ISOLA verzichtet. Erfreulich, dass man unabhängig sein will - bedauerlich, dass ein hoher geplanter Verlust resultiert. Durch das bestehende Eigenkapital ist dieser Verlust vertretbar. Das darf aber kein Dauerzustand sein und man wird mit geeigneten Massnahmen wieder ausgeglichene Ergebnisse anstreben müssen. Dieses Ziel benötigt aber noch Zeit und Arbeit.

Im Voranschlag sind Leistungen für die Attraktivität von Dietikon enthalten. Damit will man den Standortvorteil beibehalten. Das ist nachvollziehbar.

Die punktuellen Streichungsvorschläge bei den Investitionen durch die RPK sind aufgrund neuer Erkenntnisse nach Abgabe des Voranschlages 2017 erfolgt. Es ist verständlich, dass Nachtragskredite durch den Stadtrat beantragt werden, da diese Veränderungen andere Investitionen nach sich ziehen.

Die Stadt Dietikon übernimmt eine grosse Verantwortung im Sozialbereich und ist hier vorbildlich. Mehr Solidarität innerhalb vom Kanton ohne Zwang von allzu hohen Steuerfüssen ist wünschenswert.

Das lokale Gewerbe sollte bei Vergaben von Aufträgen stärker berücksichtigt werden.

Lucas Neff (Grüne) erklärt, dass im Juli 2015 folgendes Gratulationsmail an den Finanzvorstand gesandt wurde: "Endlich ein Schritt in die richtige Richtung". Die individuellen Sonderlasten Dietikons und weiterer Gemeinden wurden dank seriöser Arbeit umfassend präsentiert und kantonsweit wahrgenommen und verstanden.

Seit 2007 muss wiederholt erwähnt werden, dass die Stadt Dietikon grundsätzlich zwei finanzielle Probleme hat.

1. Sozialkosten - Bevölkerungsstruktur - Sonderlast - Defizit rund 40 Mio. Franken

2. Schulkosten - Bevölkerungsstruktur - Sonderlast - Defizit rund 50 Mio. Franken

Dabei handelt es sich um deutlich mehr als die Hälfte aller Ausgaben der Stadt. Ohne diese zwei Positionen ginge es Dietikon blendend. In diesen zwei Positionen unterschiedet sich Dietikon von anderen Gemeinden im Kanton Zürich. Diese Situation ist seit dem Jahr 2011 mit der Revision des Finanzausgleichsgesetzes seitens des Kantons eklatant. In diesen beiden Bereichen ist der Nettoaufwand sprunghaft um rund 25 Mio. Franken gewachsen. Zudem ist der Steuerfuss in der Stadt Dietikon laufend gestiegen. Andere Gemeinden hingegen konnten ihre Steuerfüsse senken. Direkte Lösungsansätze gibt es keine. Es können nicht einfach Dietikerinnen und Dietiker, oder Schülerinnen und Schüler weggeschickt werden. Dietikon übernimmt hohe Kosten beim Aufwand für Soziales und Integration für den ganzen Kanton. Im Gegensatz zur Goldküste finden sich hier noch günstige Wohnungen.

Zu den Ausgleichs- und Solidaritätsinstrumenten im Kanton Zürich gilt es zu bemerken, dass der Steuerkraftausgleich einwandfrei funktioniert. Das hat auch zur Folge, dass der Zu- oder Wegzug von guten oder schlechten Steuerzahlern eigentlich netto keinerlei Auswirkungen auf die Finanzen der Stadt Dietikon hat. Der Übergangsausgleich dient zum Abfedern der Revision des Finanzausgleichsgesetzes. Dieser wurde von Dietikon teilweise auch genutzt. Das Problem ist, dass der individuelle Sonderlastenausgleich ISOLA an einen Mindeststeuerfuss gebunden ist. Hingegen ist es nicht verboten, damit "Gewinn" zu schreiben. So sieht es richtigerweise auch die Stadt Dietikon, aber noch nicht der Kanton.

Der Verzicht auf den ISOLA 2017 ist vollkommen unverständlich, insbesondere, weil der Stadtrat beim Kanton für das Jahr 2016 klagt, da lediglich 8.9 Mio. Franken, statt der erwarteten 10.5 Mio. Franken ausgezahlt wurden. Diese Klage wird aktuell an die zweite Instanz weitergezogen. Diese Klage wird unterstützt, da sie in die richtige Richtung geht. Wie eingangs erwähnt ist dank der überkommunalen Arbeitsgruppe Soziallasten seit dem Juli 2015 die Ungerechtigkeit des Kantons gegenüber unserer Gemeinde bekannt. An diversen Anlässen bot sich mehrmals die Gelegenheit zu Gesprächen mit Parteienvertretern von links bis rechts aus allen Regionen des Kantons. Es gibt niemanden, der kein Verständnis für die spezielle Sonderlast Dietikons hat. Wenige berechtigte Silberstreifen am Horizont und vor allem die Angst vor dem Unmut der Steuerzahler wegen einer weiteren Steuererhöhung um 1 % sind wahrscheinlich die Ursachen, dass der Gemeinderat vom Stadtrat nicht zum weiteren Vorgehen angefragt wurde. In der RPK wurde zu Beginn der Budgetdebatte noch beruhigend erwähnt, dass auch im Nachhinein das Gesuch für den ISOLA gestellt werden kann. Lucas Neff hatte die Absicht, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Immerhin geht es um Einnahmen von rund 10 Mio. Franken. Allerdings ist die Frist Ende August 2016 effektiv abgelaufen. Die Möglichkeit zum Nachreichen eines entsprechenden Antrages besteht nur bei Unvorhersehbarem. Die Grüne Partei fühlt sich verraten und stimmt deshalb zum Budget klar Nein. Weiter existieren Nebenschauplätze, so etwa der Umstand, dass der Stadtrat seinen 2-Jahresplan zum Sparen nur ein Jahr lang eingehalten hat. Die löbliche Ausnahme bildet die Schule. Grundsätzlich wirkten diese Sparmassnahmen kleinlich, etwa das Wegsparen des Stadtmagazins von netto Fr. 12'000.00 für zwei Ausgaben. Den Anträgen der RPK wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Nebst den beiden Hauptproblemen Soziallasten und Schule gibt es aber ein latentes oder gar akutes drittes Problem: Die über weite Strecken brachliegende Investitions- und Liegenschaftenbewirtschaftung. Und hier gilt festzuhalten, das die Finanzabteilung im Lead war und nicht die Hochbauabteilung.

Als Beispiele sind etwa die Liegenschaft Kronenplatz 8,10 und das ehemalige Bauamt, welche grossflächig seit Jahren nicht vermietet werden, genannt. Es wurde kein Unterhalt betrieben, sodass

ein massiver Substanzverlust zu verzeichnen ist, inklusive dem kulturellen Verlust von inventarisierten Bauten. Ähnliches gilt es bei weiteren Gebäuden der Stadt im Finanzvermögen zu berichten. Gleiches gilt auch für Bauten des Verwaltungsvermögens, insbesondere bei den Schulen. Gerade in der Zeit vom Übergangsausgleich und dem Abschreibungsmodell vor Harmos wären Investitionen interessant gewesen. Ein grosser Teil der Kosten der Werterhaltung, bzw. Wertsteigerung, der sowieso notwendigen Substanzerhaltung hätte die städtischen Finanzen in keiner Weise belastet. Stattdessen wurde Jahr für Jahr viel zu wenig gemacht und das Wenige erscheint ziemlich konzeptlos, was die Stadt in den kommenden Jahren finanziell einholen wird.

Anlässlich vom Budgetprozess wurde bemerkt, dass der Stadtrat per Anfang 2017 die Liegenschaftenverwaltung neu der Hochbauabteilung angliedern wird.

- Besteller und Ausführender sollten getrennt bleiben. Sicherstellung von Kontrollen während dem ganzen Prozess und der Wirtschaftlichkeit;
- Im Operativen ist hier speziell auch die Trennung vom "gestaltenden Architekten" und "bodenständigen Verwalter" oder "realistischen Ökonomen" zu setzen;
- Zusammenarbeit ist wichtig. Auch das Zusammenführen von Verwaltung, Hausdiensten und Unterhalt der verschiedenen Bauten der Stadt;
- Die Weiterentwicklung der Liegenschaftenverwaltung ist wichtig. Es geht nicht darum weiterhin mieternah Schrebergärten zu verwalten, sondern effizient ein riesiges, wachsendes Immobilienportefeuille zu bewirtschaften. Das fehlende Knowhow von Benchmarks bei Mietschulhaus, Kindergarten Guggenbühl, etc. lassen grüssen.

Mit diesen Aufgaben die Hochbauabteilung zusätzlich zu belasten, ist strategisch falsch. Üblicherweise ist dieser ökonomisch relevante Teil bei den Finanzen angegliedert.

Reto Siegrist (CVP) erklärt, dass die Fraktion eingehend den Voranschlag studiert, bearbeitet und daraus folgende Schlüsse gezogen hat:

In diesem Jahr konnte die RPK bereits am 23. August 2016 ihre Arbeit aufnehmen. Mit leichter Verwunderung wurde zur Kenntnis genommen, dass weder der Übergangsausgleich noch der ISOLA beansprucht werden sollte. Mit einem Aufwandüberschuss von rund Fr. 4.2 Mio. Franken will der Stadtrat das Jahr 2017 abschliessen.

Aufgrund der Situation, dass

- die Stadt Dietikon aktuell im Rechtsstreit mit dem Kanton Zürich betreffend Ausrichtung der individuellen Sonderlasten steht;
- die Stadt Dietikon bei Nutzung des ISOLA's mit grosser Wahrscheinlichkeit einen maximalen Aufwandüberschuss von 1 Mio. Franken ausweisen würde bei gleichzeitiger Steuererhöhung um 1 Steuerprozent;

war das Vorgehen des Stadtrates überraschend.

Wirklich positiv ist, dass der Stadtrat ein klares Zeichen setzen will "129 % Steuerfuss ist genug". Für diese Haltung erhält der Stadtrat von der CVP Dietikon seine Zustimmung.

In den vergangenen Jahren hat die CVP regelmässig 3 Punkte moniert:

1. Die Aufwände waren üppig im Voranschlag ausgewiesen, auch wenn von Sparbemühungen gesprochen wurde;

2. Die Erträge waren bescheiden dargestellt;

3. Die Investitionen waren so hoch budgetiert, dass nur jeweils 2/3 bis 3/4 des geplanten Volumens realisiert werden konnten.

Die CVP ist nach wie vor der Ansicht, dass weitergehendes Sparpotenzial vorhanden ist. Es wurde überlegt, bei jedem 3180er Konto "Dienstleistung Dritter" jeweils einen Kürzungsantrag um 5 % zu stellen. Dies wäre möglich. Leider wurde der politische Wille weiter zu sparen nicht wahrgenommen. Würden die 3180er Konti um 5 % reduziert, könnte der Aufwandüberschuss um rund Fr. 500'000.00 reduziert werden.

In den verschiedenen Diskussionen mit stadträtlichen Exponenten wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass es sich ja nur um ein Budget handelt. Das sind Guidelines und nicht sakrosankte Zahlen. Den Tatbeweis hat der Stadtrat bei der Prüfung der Rechnung 2017 im Frühjahr 2018 zu erbringen. Diese Haltung des Stadtrates verdient keine Zustimmung.

Der zweite Punkt sind die Erträge. Es wurde festgestellt, dass der Stadtrat die Erträge offensiv budgetiert hat. Einerseits ist der Stadtrat wahrscheinlich etwas beflügelt von den aktuellen Steuereinnahmen aufgrund der höheren Einwohnerzahl, aber auch Steuern im Vorjahr flossen üppig. Wo die wirklichkeitsnahe Budgetierung spürbar ist, zeigt der Gewinnbeitrag der Zürcher Kantonalbank, der nicht wie in vergangenen Jahren teilweise mit Null eingesetzt wurde. Nun sind Fr. 1'865'700.00 eingesetzt. Im Voranschlag 2016 wurden noch Fr. 900'00.00 eingesetzt, wobei anzumerken ist, dass für 2016 rund 20 % mehr ausgeschüttet wurde als im Jahr 2015 und die Stadt Dietikon bereits 2015 rund 1.5 Mio. Franken verbuchen durfte.

Das dritte Thema sind die Investitionen. Die CVP Dietikon ist nach wir vor der Ansicht, dass die budgetierten Bruttoinvestitionen von Fr. 18'026'000.00 zu hoch sind. Aus der Erfahrung werden rund 2/3 bis 3/4 des Volumens realisiert. Geht man davon aus, dass die Investitionen analog Vorjahr bei Fr. 13'131'000.00 zu liegen kommen, dann würde dies den Aufwandüberschuss aufgrund der nicht vorzunehmenden Abschreibungen und Verzinsungen des eingesetzten Kapitals um Fr. 636'350.00 reduzieren.

Steuern, Gebühren und Abgaben ziehen den Bürgern das Geld aus dem Portemonnaie. Der Steuerfuss ist bei 129 % und wird nicht verändert. Die Abgaben wie z.B. Grundstückgewinnsteuern haben auch keine Satzveränderungen erfahren. Bei den Gebühren aber wollte der Stadtrat kräftig erhöhen. Der Stadtrat wollte eine Erhöhung der Gebühren auf Abwasser von 1.5 Mio. Franken umsetzen. Diese Gebührenerhöhung wurde intensiv in der RPK besprochen. Leider konnte in der RPK keine Mehrheit gefunden werden, obwohl diejenigen Kreise, welche immer Steuererleichterungen proklamieren, dieser Erhöhung zustimmten bzw. nichts dagegen unternehmen wollten.

Nun hat sich auch der Stadtrat durchgerungen, diese massive Erhöhung auszusetzen und nur marginal die Abwassergebühren zu erhöhen. Dazu kann man dem Stadtrat gratulieren. Die CVP-Fraktion muss somit diesbezüglich auch keinen Antrag stellen.

In der Bilanz der erwähnten kritischen und positiven Bemerkungen kann die CVP diesen Voranschlag 2017 gutheissen und den Stadtrat motivieren, den eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen.

Michael Segrada (FDP) erklärt, dass sich der Stadtrat bemüht, mit dem vorgelegten Budget die "Fussfesseln" des Kantons namens individueller Sonderlastenausgleich - ISOLA zu lösen. Mittelfristig sieht die FDP sogar Chancen, auch den Steuerfuss wieder zu senken. Das bedingt aber einige

Massnahmen. Ein attraktiver Wirtschaftsstandort zu sein heisst, den Steuerfuss langfristig zu senken und so neue Unternehmen anzuziehen und auch eine gute und solide Infrastruktur zu bieten. Auch eine Gemeinde muss vermehrt unternehmerisch denken. Jeder seriöse Unternehmer versucht den Umsatz zu steigern und Kosten zu senken, wenn er langfristig überleben will. Dies war leider in der Vergangenheit in der Stadt Dietikon nicht immer der Fall. Es sind nun in der Finanzplanung 2017 - 2020 positive Trends zu sehen, wie auf der Einnahmenseite, steigende Steuereinnahmen dank dem Bevölkerungswachstum in neu gestalteten Quartieren wie dem Limmatfeld (Anstieg 1'000 auf 27'900 Personen bis ins Jahr 2020) und einer leichten Steigerung der Steuerkraft pro Kopf. Auf der Ausgaben Seite sind seriöse Sparbemühungen und Optimierungen wie z.B. der angestrebte Zentrale Materialeinkauf als effektive Optimierung erkennbar. Auch gibt es Sparbemühungen bei den Sorgenkindern Soziales und Schule. Die Schule plant Einsparungen bei ansteigenden Schülerzahlen in der Höhe von Fr. 850'000.00. Erfreulich ist die Reduktion/Einsparung von Fr. 394'000.00 bei den Sonderschulungskosten; diese Kosten sind bis anhin jährlich angestiegen und vielleicht ist eine Trendwende doch realistischer als gedacht. Die Sozialabteilung plant sogar 1.6 Mio. Franken zu sparen. Man muss sich aber trotzdem bewusst sein, dass sehr viele Kosten in diesen beiden Bereichen von gesetzlichen Vorgaben abhängen, worauf die Stadt keinen direkten Einfluss hat. Insgesamt hat die FDP ein gutes Gefühl und denkt, dass der Stadtrat mit diesem Budget gute Arbeit geleistet hat.

Die FDP empfiehlt daher, das Budget 2017 inklusive der Investitionsrechnung dem Stadtratsantrag folgend anzunehmen.

Martin Müller (DP) stellt fest, dass man beim Studium des Voranschlags sowie auch aufgrund der Ausführungen des Finanzvorstands in der letzten Fragestunde erkennt, dass sich der Stadtrat bemüht hat, zu einem vernünftigen Resultat zu kommen.

Ein Budget, welches bei einem sagenhaft hohen Steuerfuss eine Steigerung des Aufwandüberschusses auf über 4.2 Mio. Franken ausweist, ist natürlich inakzeptabel.

Es ist also immer ein Gesamtpaket, das betrachtet werden muss. Dietikon hätte eigentlich viele Vorteile. Diese werden aber von den bürgerlichen Politikern unter Mithilfe der Mitte sowie der rot-grünen Opposition zunichte gemacht.

Dann wird damit argumentiert, dass man im Aargau überall mehr Steuern zahlt. Auch der Finanzvorstand hat vor einigen Jahren ein paar Aargauer Hochsteuergemeinden präsentiert, die Dietikon in einem Glanzlicht dastehen lassen sollten. Nicht wenige sind diesem Tenor bis heute gefolgt, ohne zu realisieren, dass es nicht der Steuerfuss und auch nicht der nackte Steuerbetrag ist, welcher matchentscheidend ist.

Auf Immoscout gab es per 7. Dezember 2016 in Dietikon 21 freie 4.5 bis 5.5 Zimmerwohnungen zu einem Durchschnittspreis von Fr. 2'660.00 zu mieten. In Aarau gab es 31 freie Wohnungen gleicher Zimmerzahl zu einem Durchschnittspreis von Fr. 2'325.00. Das zeigt einen Unterschied von total Fr. 335.00 pro Monat. Die Rechnung ist einfach: Mit der Differenz von Fr. 4'020.00 im Jahr bezahlt jemand mit einem steuerbaren Einkommen von Fr. 100'000.00 die knapp Fr. 1'000.00 an Mehrsteuern in Aarau locker. Bei den Büroflächen sieht die Sache ähnlich aus. Und niemand kann sagen, Aarau sei signifikant weniger gut mit ÖV und Autobahn erschlossen und habe ein schlechteres Kulturangebot oder schlechtere Einkaufsmöglichkeiten als Dietikon. Und auch für Firmen, die in der ganzen Deutschschweiz operieren dürfte die Region Aarau strategisch um einiges günstiger liegen. So eine Strategie zu einem solchen Budget lehnt die Demokratische Partei ab.

Christiane Ilg-Lutz (EVP/GLP) erklärt, dass dem Voranschlag 2017 und den einzelnen Änderungen bzw. Kürzungen überwiegend zugestimmt wird. Ob der Verzicht auf den individuellen Sonderlastenausgleich eine gute Entscheidung war, wird sich erst in Zukunft zeigen. Jedenfalls wird begrüsst, dass die Stadt Dietikon den Versuch wagt, eine ausgeglichene Rechnung ohne den Kanton anzu-

streben und den Steuerfuss wieder selber zu bestimmen. Ein Defizit von gut 4 Mio. Franken ist keine Kleinigkeit. Es ist zu hoffen, dass die Rechnung besser aussehen wird als das Budget.

Ernst Joss (AL) bedauert, dass das Parlament zum ISOLA nichts zu sagen hat. Der Stadtrat hat darüber in Eigenregie entschieden. Ernst Joss ist nicht überzeugt, dass der Verzicht auf den ISOLA der richtige Weg ist. Nicht einmal die Stadt Zürich verfügt über einen so hohen Steuerfuss wie die Stadt Dietikon. Am System des Finanzausgleiches stimmt etwas nicht. Hätte man den Übergangsausgleich beantragt, wären in Dietikon mehr Investitionen möglich gewesen.

Es wurde bereits erwähnt, dass im Voranschlag 2017 mehr Investitionen eingestellt sind, als sich realisieren lassen. Das legt den Verdacht nahe, dass bewusst falsch budgetiert wurde. Es würde Sinn machen, die Investitionen auf ein realistisches Mass zu kürzen.

Es ist klar, dass Dietikon lieber einen tieferen Steuerfuss hätte. Zwar verfolgt man nicht bewusst eine Hochsteuerpolitik, aber das schlechte Umfeld macht leider nichts anderes möglich. Zumindest besteht die Hoffnung, dass sich die finanzielle Situation der Stadt Dietikon bessern wird. Trotz allem ist es störend, wie der Entscheid des Stadtrates, auf den ISOLA zu verzichten, zustande kam. Die AL wird dem Voranschlag 2017 zustimmen.

Finanzvorstand Rolf Schaeren stellt fest, dass der Stadtrat mit dem aktuellen Voranschlag finanzpolitisch neue Wege geht. Es ist klar, dass damit ein Risiko eingegangen wird. Aber der Stadtrat will damit ein Zeichen setzen, dass 129 Steuerprozente genug sind. Man hat alles daran gesetzt, dieses Ziel ohne übermässiges Defizit zu erreichen. Dies ist dem Stadtrat gelungen.

Die Meinungen zum Voranschlag sind gespalten. Die eine Seite hält fest, dass es falsch sei, ein so hohes Defizit zu budgetieren; man sollte den ISOLA einfordern, damit das Defizit verringern und gleichzeitig einen höheren Steuerfuss aufgrund der kantonalen Vorgaben in Kauf nehmen. Die andere Seite wünscht sich, dass noch mehr gespart werden soll, weil das Defizit zu hoch sei.

Mit dem vorliegenden Antrag wurde die Balance gefunden. Der Finanzvorstand dankt allen, die sich an den Diskussionen beteiligt haben. Diese waren meistens konstruktiv und intensiv. Der Dank geht an das Parlament, sofern dieses dem vorliegenden Budget zustimmen wird. Die Finanzpolitik in Dietikon wird spannend bleiben.

Die Diskussion zum Finanzausgleich wird auf kantonaler Ebene weiter geführt. Es ist wichtig, dass man die finanzielle Situation der Stadt Dietikon versteht. Aber es braucht auch die Bereitschaft, zusätzliche Ausgleichszahlungen an die betroffenen Gemeinden auszurichten. Das erste Ziel ist erreicht, am zweiten Ziel wird noch gearbeitet.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen zur Eintretensdebatte.

Detailberatung

Präsidialabteilung

Es erfolgen keine Wortmeldungen zur Präsidialabteilung.

Hochbauabteilung

Es erfolgen keine Wortmeldungen zur Hochbauabteilung.

Infrastrukturabteilung

Es erfolgen keine Wortmeldungen zur Infrastrukturabteilung.

Finanzabteilung

Es erfolgen keine Wortmeldungen zur Finanzabteilung.

Sicherheits- und Gesundheitsabteilung

Änderungsantrag von Catherine Peer (SP)

Catherine Peer (SP) stellt folgenden Änderungsantrag:

Beim Konto 15111.3180.00 soll der Aufwand um Fr. 60'000.00 erhöht werden

Diese Budgetposition betrifft den ärztlichen Notfalldienst. Im kantonalen Gesundheitsgesetz ist festgehalten, dass jeder Arzt und jeder Apotheker Notfalldienst zu leisten hat. Die Gemeinden haben die Organisation zu übernehmen, wenn keine solche besteht. Zur Zeit wird diese Organisation durch die Ärztephon AG übernommen. Wenn die Stadt Dietikon keine Beiträge mehr leistet, übernimmt die Ärztephon AG die Aufgaben nicht mehr. Dietikon hat bis jetzt Fr. 2.50 pro Einwohnerin und Einwohner bezahlt. Würde man zu einer anderen Organisation wechseln, würden Kosten in der Höhe von bis zu Fr. 10.00 pro Einwohnerin und Einwohner entstehen. Alternativ könnte die Stadt die Organisation selber übernehmen. Die dabei entstehenden Kosten lassen sich aktuell nicht beziffern.

Die Ärztephon AG organisiert nicht nur den Notfalldienst, sondern führt auch eine Triage durch. Es wird sofort entschieden, ob eine Zuweisung an den diensthabenden Notfallarzt erfolgt, oder ob eine Einweisung ins Spital nötig ist. Wenn Patienten direkt die Sanität aufbieten, ist dies sinnlos bei Bagatellfällen. Es ist klar, dass der Betrag in der Höhe von Fr. 60'000.00 wieder ins Budget eingestellt werden muss, weil sonst grössere Probleme entstehen würden.

Diskussion

Reto Siegrist (CVP) erklärt, dass er zum Zeitpunkt der Beratungen in der RPK der Ansicht war, dass die Streichung des Beitrages richtig sei. Klar ist, dass die öffentliche Hand nur für die Triagestelle aufkommt. Es ist nicht im Interesse des Limmattalspitals, dass bei jedem Bagatellfall die Notfallstation aufgesucht wird. Der Kanton und die Gemeinden sorgen für eine zweckmässige Organisation des Notfalldienstes, wo diese nicht besteht. Der Antrag von Catherine Peer macht Sinn, weshalb dieser unterstützt werden soll.

Martin Müller (DP) hält fest, dass es in der Organisation des Limmattalspitals bereits eine Stelle mit kostenpflichtiger Telefonnummer gibt, wo Patienten anrufen und sich beraten lassen können. Auch

dort wird eine Triage durchgeführt. Im Notfall müssen die Patienten bereit sein, einen kostenpflichtigen Anruf zu tätigen.

Stadtpräsident Otto Müller erklärt, dass die Organisation einer Notfallorganisation in der Sache nicht bestritten wird. Eine Notfallversorgung in guter Qualität ist wichtig. Bestritten wird aber der Preis, welchen die Stadt Dietikon zu bezahlen hat. Deshalb hat sich der Stadtrat entschieden, den Vertrag mit der Ärztephon AG zugunsten von Neuverhandlungen zu kündigen. Diese haben bereits stattgefunden. Der Stadtrat wird anlässlich einer nächsten Sitzung entscheiden, wie die Zusammenarbeit mit der Ärztephon AG weitergehen soll. Auch künftig soll die Versorgung auf gleich hohem Niveau erhalten bleiben.

Catherine Peer (SP) begrüsst, wenn neue Verhandlungen stattfinden. Dietikon zahlt aufgrund der Einwohnerzahl mehr an die Ärztephon AG als die anderen Limmattaler Gemeinden. Wenn Dietikon jetzt über den Preis verhandelt, werden dies die anderen angeschlossenen Gemeinden ebenfalls machen. Damit wird der Gesamtertrag bei der Ärztephon AG sinken, was zur Folge hat, dass das Angebot eingeschränkt werden muss.

Reto Siegrist (CVP) hält dem Stadtrat zugute, dass Nachverhandlungen stattfinden. Mit dem Ärzteverband besteht ein weiteres Angebot, welches in Konkurrenz zur Ärztephon AG steht. Festzuhalten bleibt, dass die Ärztephon AG über das günstigere Angebot verfügt. Auch wenn der Stadtrat über die künftigen Beiträge verhandelt, sind die zu erwartenden Kosten in den Voranschlag einzustellen.

Rosmarie Joss (SP) erklärt, dass man aufgrund der Äusserungen von Stadtpräsident Otto Müller dem Antrag von Catherine Peer zustimmen muss. Einerseits wird über die künftigen Beiträge verhandelt, andererseits fehlt im Voranschlag eine entsprechende Position für die zu erwartenden Kosten. Werden die Kosten in der Höhe von Fr. 60'000.00 eingestellt, ermächtigt dies den Stadtrat zur Ausgabe. Somit müsste nach Abschluss der Verhandlungen kein Nachtragskredit beantragt werden. Rosmarie Joss bittet die Ratsmitglieder um Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen zum Änderungsantrag.

Abstimmung zum Änderungsantrag

Dem Antrag von Catherine Peer wird mit 26 Ja-Stimmen zu 7 Nein-Stimmen zugestimmt.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen zur Sicherheits- und Gesundheitsabteilung.

Sozialabteilung

Es erfolgen keine Wortmeldungen zur Sozialabteilung.

Schulabteilung:

Es erfolgen keine Wortmeldungen zur Schulabteilung.

Investitionsrechnung

Änderungsantrag 1 der RPK

Anton Kiwic (SP) stellt den Antrag, dass beim Kto. 11610.5010.718, Gesamtverkehrskonzept, der Aufwand um Fr. 50'000.00 gekürzt werden soll. Vorgängig soll das städtische Gesamtverkehrskonzept (SGVK) verabschiedet werden.

Diskussion

Stadtpräsident Otto Müller erklärt, dass es sich hier um Massnahmen handelt, welche aus dem SGVK umgesetzt werden sollen. Dabei handelt es sich um ein Konzeptpapier, welches nicht vom Gemeinderat verabschiedet wird. Ziel ist es, einzelne Massnahmen in Kompetenz des Stadtrates oder des Parlamentes umzusetzen, wenn diese spruchreif sind. Die Infrastruktur soll schrittweise weiter entwickelt werden. Konkret sind im kommenden Jahr zwei Massnahmen vorgesehen. Einerseits handelt es sich um eine Überquerungshilfe bei der Bernstrasse/Rüternstrasse, andererseits um eine Veloquerung auf der Viaduktstrasse. Der Stadtpräsident bittet den Gemeinderat, diese Investitionsposition nicht zu kürzen, weil es punktuelle Verbesserungen braucht.

Lucas Neff (Grüne) dankt für die zusätzlichen Erläuterungen. Von den Ausgaben her ist klar, worum es geht. Die Grünen unterstützen den RPK-Antrag nicht. Der Betrag soll im Voranschlag enthalten bleiben. Für ein anderes mal ist jedoch mehr Transparenz gewünscht. Es hat im Vorfeld keine politische Diskussion stattgefunden. Lucas Neff ersucht die Ratsmitglieder, den Kürzungsantrag der RPK nicht zu unterstützen.

Stephan Wittwer (SVP) hält fest, dass der Stadtrat seinerzeit erklärte, dass das SGVK in den Richtplan einfliessen werde, und dass danach das Parlament darüber entscheiden könne. Man ist jetzt genauso weit wie beim Tempo-30-Konzept. Man weiss nicht, wann wo was gebaut wird. Deshalb soll das Parlament dem Kürzungsantrag der RPK zustimmen. Der Stadtrat soll dazu Stellung nehmen, wie das SGVK aussieht und welche Kosten damit ausgelöst werden. Schlussendlich werden vermutlich die Stimmberechtigten an der Urne darüber entscheiden müssen, weil die Finanzkompetenzen des Gemeinderates zur Umsetzung nicht ausreichen.

Stadtpräsident Otto Müller erklärt, dass das SGVK aus 40 einzelnen Massnahmen besteht. Es handelt sich hier nicht um eine Salamitaktik. Zu den Kosten bestehen Zahlen. Gewisse Massnahmen aus dem SGVK fliessen in den Richtplan Verkehr ein. Dabei handelt es sich aber im Wesentlichen um Strategien und nicht um jede einzelne Massnahme. Die Zuständigkeit zur Umsetzung richtet sich nach den Finanzkompetenzen. Otto Müller hat in der RPK dazu Stellung genommen. Zusätzliche Fragen aus dem Gremium sind damals leider nicht erfolgt.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Änderungsantrag 1 der RPK wird mit 16 Ja-Stimmen zu 17 Nein-Stimmen abgelehnt.

Änderungsantrag 2 der RPK

Anton Kiwic (SP) stellt den Antrag, dass beim Kto. 11610.5810.123, Gewässerraum Festlegung, der Aufwand um Fr. 50'000.00 gekürzt werden soll, weil es sich um eine Aufgabe des AWEL handelt.

Manuel Peer (SP) warnt vor dieser Kürzung. Sonst besteht die Gefahr, dass der Kanton einseitig entscheidet, wie weiter vorgegangen wird. Es macht Sinn, wenn die Stadt finanzielle Mittel zur Verfügung hat, um die eigenen Interessen zu vertreten.

Stadtpräsident Otto Müller bestätigt, dass bei dieser Position im Voranschlag gekürzt werden kann. Allerdings stimmen die gemachten Aussagen betreffend Zuständigkeiten nicht. Bei kantonalen Gewässern liegt diese beim Kanton, bei kommunalen Gewässern (Teischlibach) ist die Stadt zuständig.

Zurzeit ist der Stadtrat mit der Planung im Gebiet Niderfeld beschäftigt. Auch dort braucht es ein Hochwasserschutzkonzept. Der Stadtrat kann sich mit einer Kürzung in der genannten Position im Voranschlag einverstanden erklären.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Änderungsantrag 2 der RPK wird grossmehrheitlich ohne Gegenstimme angenommen.

Änderungsantrag 3 der RPK

Anton Kiwic (SP) stellt den Antrag, dass beim Kto. 12310.5810.107, Schulhaus Limmatfeld, der Aufwand um Fr. 200'000.00 gekürzt werden soll, weil erst nach Erledigung der Einsprachen weiter geplant werden soll.

Hochbauvorsteherin Esther Tonini erklärt, dass der Stadtrat davon ausgeht, dass im Jahr 2017 über den Moorschutz entschieden wird. Danach kann die Planung fortgesetzt werden, sofern gegen die Festsetzung kein Rekurs eingeht. Der Stadtrat hat sich entschieden, diese Position in den Voranschlag aufzunehmen für den Fall, dass die Planung weitergeführt werden kann, ohne dass dem Parlament dann ein Nachtragskredit beantragt werden muss.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Änderungsantrag 3 der RPK wird mit 17 Ja-Stimmen zu 14 Nein-Stimmen angenommen.

Änderungsantrag 4 der RPK

Anton Kiwic (SP) stellt den Antrag, dass beim Kto. 12310.7020.257, Zürcherstrasse 215, der Aufwand um Fr. 700'000.00 gekürzt werden soll, da die Liegenschaft im Rahmen des kantonalen Strassenprojektes abgebrochen werden muss.

Sozialvorstand Roger Bachmann hält fest, dass die Liegenschaft Zürcherstrasse 215 in feuerpolizeilicher Sicht nicht den Anforderungen an eine Asylunterkunft entspricht. Bei der Budgetierung wurde ein Betrag in der Höhe von Fr. 700'000.00 in den Voranschlag 2017 eingestellt. Erst anschliessend wurde die Stadt vom Kanton darüber informiert, dass die Liegenschaft abgebrochen werden soll. Es ist dem Stadtrat klar, dass aus diesem Grund in dieser Liegenschaft keine Sanierungen mehr erfolgen werden.

Es wäre aber falsch, den Kredit in der Höhe von Fr. 700'000.00 zu streichen. Die Asylbewerbenden müssen trotzdem weiter betreut werden, auch wenn die Liegenschaft abgebrochen wird. Es braucht neuen Wohnraum. Der Stadtrat ist intensiv daran, alternative Lösungen zu suchen. Aber er nimmt nicht einfach hin, dass der Kanton Zuweisungsquoten bestimmt, die Liegenschaft abreissen lässt und der Stadt keinen Handlungsspielraum lässt. Der Zeitdruck ist gross. Es wird eine Zwischenlösung brauchen, parallel dazu wird ein Projekt ausgearbeitet. Denkbar wäre ein Neubau, wie dies beispielsweise in Schlieren gemacht wurde. Aber leider stehen dafür kaum Grundstücke zur Verfügung. Es braucht einen langen politischen Prozess. Gleichzeitig besteht sowohl sachlicher wie auch zeitlicher Druck. Niemand kann heute sagen, welche Kosten im kommenden Jahr auf die Stadt zukommen werden. Aus diesem Grund wird dem Gemeinderat beantragt, die entsprechende Position im Voranschlag 2017 zu belassen. Zudem handelt es sich bei der Unterbringung von Asylsuchenden um einen gesetzlichen Auftrag.

Martin Müller (DP) stellt fest, dass der Stadtrat mit dem Kanton in Verhandlungen ist. Sollte es zu einer Enteignung kommen, müsste diese entschädigt werden. Martin Müller ist bereit, den Betrag in der Höhe von Fr. 700'000.00 im Budget zu belassen.

Abstimmung

Der Änderungsantrag 4 der RPK wird mit 8 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

Änderungsantrag 5 der RPK

Anton Kiwic (SP) stellt den Antrag, dass beim Kto. 12310.7020.320, Zehntenscheune, der Aufwand um Fr. 800'000.00 gekürzt werden soll, weil die Renovation erst nach Abnahme des Kulturkonzeptes erfolgen soll.

Hochbauvorsteherin Esther Tonini hält fest, dass betreffend Renovation der Zehntenscheune seit der Budgeterstellung weiter geplant wurde. Es zeichnet sich ab, dass im 1. Quartal 2017 die Grundlagen erarbeitet werden. Im 2. Quartal 2017 soll ein Wettbewerb durchgeführt werden, welcher bis Ende 2017 Resultate zeigt. Im Jahr 2018 sind die Kreditgenehmigung und die Baubewilligung vorgesehen. Es zeichnet sich ab, dass der Betrag in der Höhe von Fr. 800'000.00 im kommenden Jahr nicht benötigt wird, aber für die weiter führende Planung und den Wettbewerb sind Kosten in der Höhe von Fr. 180'000.00 vorgesehen, weshalb die Hochbauvorsteherin folgenden Alternativantrag stellt:

Alternativantrag der Hochbauvorsteherin

Der Aufwand beim Kto. 12310.7020.320, Zehntenscheune, soll lediglich um Fr. 620'000.00 gekürzt werden, damit die Planung und der Wettbewerb im kommenden Jahr durchgeführt werden können.

*Lucas Neff (*Grüne) möchte vom Stadtrat endlich Klarheit darüber, was mit der Zehntenscheune künftig passieren wird. Aus diesem Grund ist er nicht gewillt, dem Stadtrat für die weiter führende Planung einen Betrag in der Höhe von Fr. 180'000.00 zur Verfügung zu stellen.

Manuel Peer (SP) stellt fest, dass man dem Stadtrat vorgehalten hat, dass er zuwenig in die Lebensqualität der Stadt Dietikon investiert. Der Wettbewerb soll im kommenden Jahr stattfinden, deshalb wird er dem Kürzungsantrag der RPK nicht zustimmen.

Markus Erni (SVP) hält fest, dass der Stadtrat weiter plant betreffend der Renovation der Zehntenscheune. Aber zuerst will man wissen, wie es mit der Kultur in Dietikon weiter geht. Seit kurzem wird in diesem Zusammenhang über das Atelier 23 diskutiert. Man könnte künftig auch das Ortsmuseum in der Zehntenscheune unterbringen. Der Stadtrat soll dazu Überlegungen anstellen und den Gemeinderat über das weitere Vorgehen informieren. Es soll kein Geld ausgegeben werden, bevor das Parlament über entsprechende Antworten verfügt.

Martin Müller (DP) lobt den Stadtrat für sein Vorgehen. Aufgrund der Kompetenzordnung stellt dieser Positionen im Voranschlag ein. Will man den Stadtrat in seinen Kompetenzen einschränken, sollte eine Änderung der Gemeindeordnung erfolgen. Der Weg über die Budgetdiskussion erweist sich als falscher Ansatz.

Abstimmung

Der Antrag der RPK betreffend Kürzung beim Kto. 12310.7020.320, Zehntenscheune um Fr. 800'000.00 wird dem Alternativantrag der Hochbauvorsteherin mit einem Kürzungsantrag in der Höhe von Fr. 620'000.00 gegenübergestellt.

Antrag der RPK, Kürzung um Fr. 800'000.00 beim Kto. 12310.7020.320	16 Stimmen
Antrag der Hochbauvorsteherin, Kürzung um Fr. 620'000.00 beim Kto. 12310.7020.320	17 Stimmen

Der Alternativantrag der Hochbauvorsteherin obsiegt und wird zur Schlussabstimmung gebracht.

Schlussabstimmung zum Änderungsantrag

Der Alternativantrag der Hochbauvorsteherin wird mit 27 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen angenommen.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen zur Investitionsrechnung.

Abschreibungstabelle

Es erfolgen keine Wortmeldungen zur Abschreibungstabelle.

Globalbudget AGZ

Es erfolgen keine Wortmeldungen zum Globalbudget AGZ.

Schlussabstimmung

Der Voranschlag 2017 wird gemäss Antrag des Stadtrates vom 22. August 2016 einschliesslich der vom Parlament beschlossenen Änderungen und einem Steuerfuss von 129 % mit 28 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen genehmigt.

GEMEINDERAT DIETIKON

Jörg Dätwyler
Präsident

Uwe Krzesinski
Sekretär

Nadine Burtscher
Stimmenzählerin

Beat Hess
Stimmenzähler

Cécile Mounoud
Stimmenzählerin